

Protokoll der 7. Sitzung der 13. Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken am 25. Oktober 2018, 18:30-21:45 Uhr, in der Gemeinde Sta. Familia, Pfarrei St. Franziskus

Anwesend: s. Anwesenheitsliste

Leitung: Dr. D. Marschall-Kehrel

Tagesordnung

TOP 1	Regularien
TOP 2	Aus aktuellem Anlass: Konsequenzen nach der MHG-Studie der Deutschen Bischofskonferenz zum sexuellen Missbrauch an Minderjährigen durch Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige
TOP 3	Bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt schaffen
TOP 4	Weitere Informationen, Berichte, Anfragen
TOP 5	Verschiedenes

Spiritueller Einstieg in der Kirche Sta. Familia

gestaltet von Herrn Karkosch, Pastoralreferent in der Pfarrei St. Franziskus

Imbiss im Gemeindehaus

Herr Vetter, Vertreter der Gemeinde Sta. Familia in der Stadtversammlung, heißt die Anwesenden in Sta. Familia willkommen und lädt zum Imbiss ein. Er weist darauf hin, dass der Imbiss von der „Volksküche“ im Haus der Volksarbeit (HdV) vorbereitet worden sei. Die „Volksküche“ versorge die Kinder in den Kitas und Jugendhilfeeinrichtungen des HdV mit frischgekochtem Essen. Die Volksküche koche saisonal und regional und verwende dabei vorwiegend ökologisch angebaute Lebensmittel. Es handele sich um einen Inklusionsbetrieb, der zu 40 % der Belegschaft Menschen mit einer Behinderung beschäftige.

Begrüßung und Vorstellung der Pfarrei

Frau Dr. Marschall-Kehrel, Vorsitzende der Stadtversammlung, begrüßt die Mitglieder der Stadtversammlung und die Gäste. Sie heißt Bischof Dr. Georg Bätzing herzlich willkommen. Die Stadtversammlung freue sich, gerade in der aktuellen schwierigen Situation seinen Rat zu hören. Weiter begrüßt sie Frau Dr. von Schenck, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Evangelischen Kirche Frankfurt und Versammlungsleiterin der Stadtsynode. Da Stadtdekan zu Eltz (noch) nicht da sein kann, wird er von seinem Ständigen Vertreter, Dekan Glaser, vertreten. Frau Dr. Marschall-Kehrel dankt Herrn Karkosch für den geistlichen Einstieg und dem Team von Sta. Familia für die organisatorische Vorbereitung.

Herr Vetter, Ortsausschussvorsitzender von Sta. Familia, stellt die Gemeinde kurz vor. Sechs Kirchorte seien vor drei Jahren zur Pfarrei St. Franziskus fusioniert. Die neue Pfarrei werde von Pater Anto Batinic geleitet. St. Franziskus erstrecke sich über neun Ortsteile. Dazu gehörten rund 22.000 Gläubige, sechs Kirchen, sechs Kitas und sechsundzwanzig Immobilien. In der Kirchengemeinde arbeiten rund 150 Beschäftigte. Die Pfarrei umfasse sehr unterschiedliche Wohngebiete, wie das Dichterviertel, die ehemaligen Housings, den Frankfurter Berg und die Gegend um den Hessischen Rundfunk. In den Gottesdiensten käme eine Vielzahl von Nationen zusammen. Fünf muttersprachliche Gemeinden feierten in den Kirchen von St. Franziskus Gottesdienst und trafen sich in den Gemeindezentren.

TOP 1 Regularien

Die Versammlung ist sehr gut besucht und beschlussfähig. Das Protokoll der 6. Sitzung wird unverändert genehmigt. Die heutige Tagesordnung wird angenommen. Auf Wunsch von Frau Huckelmann u.a. wird während der Sitzung eine Liste herumgegeben, in die sich alle eintragen

können, die in Zukunft die Einladung und das Protokoll der Stadtversammlung nur noch per Mail erhalten möchten. Ziel ist es, vom Papierversand wegzukommen.

TOP 2 Aus aktuellem Anlass: Konsequenzen nach der MHG-Studie der Deutschen Bischofskonferenz zum sexuellen Missbrauch an Minderjährigen durch Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige

Frau Dr. Marschall-Kehrel erklärt, dass der Vorstand zusätzlich zum für heute geplanten Themenschwerpunkt aus aktuellem Anlass die Tagesordnung um die MHG-Studie und mögliche Konsequenzen erweitert habe. Hinzu kämen die Vorgänge um die noch nicht erfolgte Besetzung der Rektorenstelle von Sankt Georgen. Frankfurt sei hier direkt und unmittelbar betroffen. Viele Katholiken hätten das Gefühl, ihre Heimat in der Kirche zu verlieren. Der Vorstand der Stadtversammlung habe gemeinsam mit dem Stadtsynodalrat eine Stellungnahme veröffentlicht, die in der 16. Sitzung des Stadtsynodalrates vorbereitet worden sei. Der Vorstand hätte nicht die heutige Sitzung abwarten können, um die Aktualität zu wahren. Auf die Stellungnahme habe es Presereaktionen gegeben. Nun zeige sich ein Silberstreifen am Horizont in Sachen Rektorenstelle von Sankt Georgen. Vielleicht hätten die vielen Reaktionen aus dem Kirchenvolk Rom bewegt. Bischof Dr. Bätzing dankt für die Einladung zur heutigen Sitzung. Im Rahmen der Visitation besuche er die Stadtversammlung. Das Thema Wohnen sei bei der Visitation in verschiedenen (Werkstatt)Gesprächen aufgegriffen worden. Jetzt möchte er aber nicht das erste Wort ergreifen, sondern zunächst zuhören.

- In mehreren Beiträgen wird das Entsetzen über die öffentlich gewordenen Taten ausgedrückt.
- Man werde angefragt, wie man noch als vernünftige Menschen Mitglied der Kirche sein könne. Welche Möglichkeiten habe die Basis nach oben deutlich zu machen, dass etwas verändert werden müsse? Seit dem Bekanntwerden der Missbrauchsfälle am Canisius-Kolleg 2010 und dem Aufruf, Strukturen in der Kirche zu verändern, sei strukturell nichts geschehen. Eine unabhängige Gerichtsbarkeit in der Kirche sei notwendig. Wie könne ein Basischrist, der das Evangelium liebt, etwas umsetzen. Auch den Geist von Frauen müsse man in die Kirche einfließen lassen.
- Der Vorstand der Stadtversammlung habe eine Stellungnahme zu der MHG-Studie geschrieben am 19. Oktober. Heute sei es Thema. Der Vorstand hätte die Versammlung abwarten können.
- Nach eigenen Erfahrungen in einem Städtischen Jugendamt könnten die Zahlen der Studie nicht stimmen. Warum denke man nicht an die Täter? Man müsse auch für sie beten.
- Bischof Dr. Bätzing sagt, es sei ganz schwierig, die aktuelle Situation sachlich zu fassen. Man fühle sich ins Aus gestellt, traue sich kaum, normale gute Arbeit zu tun. Die Spannung, in der die Heiligsprechung gefeiert wurde, sei zerreißen gewesen. Alles zusammen bestimme die Wirklichkeit. Vieles sei im Überschwang der Medien wahrzunehmen. Gebe es noch jemanden, der sich dazu nicht geäußert habe? Er stehe hinter Pater Wucherpfennig. Mit den medialen Statements sei er nicht immer einverstanden. Man werde in dieser Situation auch benutzt. Das Verfahren sei ein normales Verfahren. Kein Machtmissbrauch. Träger des Verfahrens seien die Jesuiten. Als Bischof habe er dazu etwas gesagt. Dritter Player sei die Bildungskommission. Sie könne sich im Fall des Zweifels an den General der Jesuiten wenden. Das sei geschehen. Am Vorgang könne man nichts aussetzen, aber am Inhalt und der Art der Kommunikation. Informationen, die der Kommission vorlagen, habe sie nicht mit Pater Wucherpfennig kommuniziert. Das Interview von Pater Wucherpfennig könne man so und so lesen. Die Frist habe man verstreichen lassen. Jetzt sei er noch kein Rektor. Das habe die Öffentlichkeit ins Spiel gebracht. Es dürfe nicht sein, dass bestimmte Fragen der Zeit für indiskutabel erklärt würden. Theologen hätten die Fragen der Zeit aufzunehmen, zu durchdringen und Vorschläge zu machen. Man müsse zurückkehren zur sachgerechten Sprache.

Die Studie zum Missbrauch habe die Bischofskonferenz in Auftrag gegeben als Teil der Bearbeitung des Problems. Ihre Veröffentlichung sei in einen Kontext gekommen, in dem man das nicht mehr unterscheiden könne. Der erste Auftrag der Studie habe nicht darin bestanden, Zahlen zu sammeln, sondern zu sichten, was ist und welche systemischen Faktoren es gebe. Es sei viel passiert, 2002 die erste Fassung von Leitlinien entstanden, 2013 zwei Ordnungen mit Leitlinien:

„Leitlinien für den Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch Kleriker, Ordensangehörige und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“ und die „Rahmenordnung Prävention gegen sexualisierte Gewalt an Minderjährigen und erwachsenen Schutzbefohlenen“ Die Kultur habe sich noch nicht grundlegend geändert. Auf die Opfer müsse man zuerst schauen. Es bestünden klare Verfahren, wie mit den Tätern umzugehen sei. Im Bistum Limburg und Trier habe man in der Zeit seiner Verantwortung nach diesen Vorgaben verfahren. Präventionskonzepte würden gebraucht, damit Missbrauch möglichst nicht mehr vorkomme. Die beiden Ordnungen stünden zur Veränderung an. Er halte ein unabhängiges Monitoring für entscheidend, eine Abgabe der Macht an Dritte, die sicherstellen, dass die Ordnungen umgesetzt würden. Es bedürfe einer externen Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Studie spreche von Beschuldigten und Betroffenen, nicht von Tätern und Opfern, weil die Mehrzahl der Vorwürfe nicht aufklärbar sei. Natürlich bestünden ein Dunkelfeld, systemische Faktoren, Tabus im Umgang mit Sexualität. Auch Vertuschungen und Versetzungen. In Limburg gebe es vielleicht 2, 3 solcher Fälle. Extern müsse dies angesehen und geklärt werden, wer die Verantwortung dafür getragen habe.

Der Zölibat müsse auf den Tisch. Der Zölibat sei nicht das Problem, aber das, was aufgrund ungeteilter Macht geschehe. Fälle von Pädophilie seien gering. Bischof Dr. Bätzing empfiehlt, nicht über die Studie zu lesen, sondern die Studie selbst. Er möchte sich nicht allein hinstellen und sagen, das mache er. Nein, er habe kein Hirtenwort geschrieben. Worte habe man genug gesprochen. Man könne um Verzeihung bitten und sicherstellen, dass Strukturen verändert werden. Dazu brauche er die Räte. Der Diözesansynodalrat habe sich mit den Themen konstruktiv befasst, viele weitere Befassungen müssten folgen. Er baue auf ein gemeinsames Umgehen damit. Die Erklärung der Bischöfe finde er gut. Die Bischöfe äußerten alle die Bereitschaft, die 11 Empfehlungen anzunehmen. Das biete einen Einstieg. Jetzt gehe die Arbeit weiter. Er glaube, ganz viel Austausch sei nötig. Der Umgang mit dieser Frage entscheide über Kirchenentwicklung.

Frau Dr. Marschall-Kehrel weist auf die begrenzte Zeit heute für diesen aktuell eingeschobenen Tagesordnungspunkt hin.

Dekan Glaser überreicht Frau Dr. Marschall-Kehrel eine Unterschriftenliste. Sie gibt sie an Bischof Dr. Bätzing weiter. Die Stellungnahme der Frankfurter Pfarrer zur Causa Wucherpfennig wurde als Petition online gestellt und in nur 2 Wochen von derzeit 2.149 Personen unterzeichnet. Da jetzt keine weiteren Wortbeiträge angemeldet werden, schließt Frau Dr. Marschall-Kehrel für heute diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 3 Bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt schaffen

Bereits in der vergangenen Sitzung haben die Mitglieder das Thema „Wohnen in Frankfurt“, konkret die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, angeregt. Frau Dr. Marschall-Kehrel erinnert an die Demonstration am letzten Samstag, die Tausende für bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt auf die Straße gebracht habe. Wohnen gehöre zu den sozialen Themen in der Stadt. Frankfurt, eine Schwarmstadt, weise den zweituersten Wohnraum für Studierende nach München auf. Die Stadt wachse jährlich um ca. 12.000 Einwohner/innen. 2017 seien 3.700 Wohnungen fertiggestellt worden. 9.600 Haushalte, die Anspruch auf öffentlich geförderten Wohnraum hätten, seien als wohnungssuchend registriert worden. Knapp 2.000 habe man vermitteln können. Viele Wohnungen umfassten nur 1 Zimmer. Das Problem sei nicht neu. Grundstücke zum Bebauen fehlten. Im Verständnis, dass es besser ist, über eigene Schritte und Initiativen nachzudenken, als nur mahnend den Finger zu heben, wurde diese Sitzung vorbereitet. Wie kann die Kirche, können die Mitglieder der Gemeinden und Einrichtungen initiativ werden, um die Wohnungsmisere zu lindern? Z. B. durch Umnutzung von Immobilien, Aufstockung, Bebauung freier Grundstücke. Auch die Stadt müsse umdenken, z. B. Baugrundstücke nach Konzepten vergeben, nicht nach höchstem Gewinn. Hamburg, München machten es vor. Im Rahmen der Visitation habe der Frankfurter Caritasverband zu einem Dialogforum Wohnen eingeladen. Dort habe Bischof Dr. Bätzing die Bildung eines runden Tisches unter Leitung des Stadtsynodalrates (Pastoral) und der

Stadtversammlung mit Gemeinden (Verwaltungsräte), Caritasverband, Gesamtverband und Bischöflichem Ordinariat angeregt, um exemplarisch für Frankfurt Lösungsmöglichkeiten, die im eigenen Einflussbereich liegen, zu suchen. Heute wolle die Stadtversammlung einen Schritt hierzu unternehmen und sich mit Unterstützung von vier Fachleuten dem Thema Wohnen widmen. Nach einer kurzen Vorstellung der Fachleute könnten sich die Anwesenden einer der vier thematisch orientierten Arbeitsgruppen zuwenden. Die Fachleute und Arbeitsgruppen werden nun kurz vorgestellt.

Nutzung gemeindlicher Immobilien und Grundstücke

mit Verena Schäfer. Frau Schäfer ist in der Leitung des Projektes Kirchliche Immobilien Strategie (KIS) tätig, das unter dem Motto „Erfassen-Bewerten-Zukunft sichern“ den Immobilienbestand im Bistum Limburg ganzheitlich erfasst und den Bestand bewertet, um wirtschaftlich und pastoral planen zu können. 5 Frankfurter Pfarreien haben bisher am Projekt teilgenommen.

Notwendige gesetzliche Regelungen und politische Vorgaben zum Schutz der Mieter

mit Sieghard Pawlik. Herr Pawlik ist Vorsitzender des Mieterbundes Hoechster Wohnen e.V. (Mitglied im Deutschen Mieterbund). Der Verein bietet Mietrechtsberatung an und führte 2017 insgesamt 2.000 Beratungen durch. 98 Prozent der Probleme wurden ohne gerichtliche Auseinandersetzungen geklärt. Herr Pawlik engagiert sich außerdem als Stadtverordneter und wohnungspolitischer Sprecher der SPD in Frankfurt.

Gemeinsames Handeln von Gemeinden und Caritasverband

mit Stephan Griebel-Beutin. Herr Griebel-Beutin leitet die Fachdienste für besondere Lebenslagen im Frankfurter Caritasverband. Dazu gehört u.a. das Referat Wohnungslosenhilfe. Der Deutsche Caritasverband macht mit seiner Kampagne „Jeder Mensch braucht ein Zuhause“ in diesem Jahr auf das Recht jedes Menschen auf einen privaten Schutzraum zu bezahlbaren Preisen aufmerksam.

Ideenpool neue Wohnformen

mit Birgit Kasper. Frau Kasper ist Koordinatorin des „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V.“. Das Netzwerk berät und unterstützt seine Mitglieder bei der Umsetzung ihrer Wohnvorstellungen. Frau Kasper ist Mitglied im Vorstand des Bundesverbandes „Forum gemeinschaftliches Wohnen“. Sie forscht über innovative Wohnformen.

Gruppenarbeit

Nach der Gruppenarbeit, wie bereits angekündigt, verabschiedet sich Bischof Dr. Bätzing - sein Terminplan der Visitation ist reich gefüllt - mit einem Dank an das Gremium für das lebendige Arbeiten. Frau Dr. Marschall-Kehrel dankt ihm im Namen der Stadtversammlung für seinen Besuch und das offene Gespräch.

Nun lädt sie ein, ausgewählte wichtige Aspekte aus der Gruppenarbeit vorzustellen.

- **Aus der Arbeitsgruppe „Nutzung gemeindlicher Immobilien und Grundstücke“**

Frau Schäfer erläuterte zunächst anhand einer PowerPointPräsentation das Projekt KIS (s. Anlage). Aus dem Gespräch:

- Das Projekt Kirchliche Immobilien Strategie (KIS) schafft Transparenz hinsichtlich der Immobilien und Grundstücke der Kirchengemeinden. Das ist gut und hilfreich.
- Kirchengemeinden sind nach der Bestandsaufnahme befasst mit Fragen wie: Welche Kriterien gibt es für die Nutzung? Gibt es Leerstand, Möglichkeiten der Umnutzung? Können Grundstücke bebaut, Gebäude aufgestockt, neuer Wohnraum geschaffen werden?
- Diese Fragen sind nicht nur Verwaltungsfragen, sondern betreffen die pastorale Ausrichtung der Kirchengemeinde. Also ist damit nicht nur der Verwaltungsrat, sondern auch der Pfarrgemeinderat zu befassen. Es geht um Kirchenentwicklung vor Ort. Für wen ist Kirche da?

- Auch die Kirchengebäude kommen mit in den Blick. Sind alle Kirchen genutzt? Können Kirchen oder Teile von Kirchen umgenutzt werden? Beispiel St. Hedwig (Gemeindehaus im Kirchenraum). Die aktuelle Arbeitshilfe „Umnutzung und Aufgabe von Kirchen im Bistum Limburg“ vertieft das Thema und gibt Anregungen. Auch eine Ausstellung hierzu ist zurzeit im Bistum zu sehen.
- Beispiele: Teil eines Gemeindehauses für Kita (Kommune) nutzen oder für Wohnung von Erzieher/in.
- Grundstücke für eine Erbpacht anderen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Beispiel: St. Aposteln stellt ein Grundstück dem Caritasverband zur Verfügung zum Bau von Wohnungen.
- Mehrgenerationenhaus mit Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen und mit unterschiedlichem Einkommen. Sie zahlen Miete nach ihren Möglichkeiten.
- Das Bistum kann keine Darlehen gewähren, aber Zuschüsse geben.
- Bei der Beratung über Projekte spielen die politischen Rahmenbedingungen immer auch eine Rolle. Ein Engagement der Kirchengemeinden bei der Gestaltung dieser Rahmenbedingungen ist sinnvoll und hilfreich.

(Bericht Herr Adam)

- **Aus der Arbeitsgruppe „Notwendige gesetzliche Regelungen und politische Vorgaben zum Schutz der Mieter“**

Nicht nur Menschen mit „kleinen“ Einkommen sind betroffen, sondern bereits die mit mittleren Einkommen. Eine Familie mit einem mittleren (eigentlich guten) Verdienst kann in Frankfurt kaum eine Wohnung finanzieren. Viele Menschen müssen 50% und mehr ihres Einkommens für ihre Wohnung ausgeben.

Ältere Menschen leben in zu großen Wohnungen, da sie sich neue, kleinere Wohnungen nicht leisten können – schon gar keine altersgerechten Wohnungen.

Dies muss sich ändern:

- Mieterhöhungen müssen insgesamt begrenzt werden, auch bei Neuvermietung bzw. Sanierung.
- Kleinere, altersgerechte und behindertengerechte Wohnungen müssen bezahlbar sein.
- Der Mietspiegel muss für alle Wohnungen gelten (auch sanierte Wohnungen und Neuvermietungen).
- Das Zweckentfremdungsverbot muss wieder eingeführt werden (gegen Leerstand und Umnutzung z. B. in Ferienwohnungen).
- Die Nachbindung bei sozial gefördertem Wohnraum muss auf 10 Jahre festgeschrieben sein (nicht nur 5 Jahre).
- Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Trägerschaft müssen einen höheren Anteil von sozial gefördertem Wohnraum schaffen (mehr als 40 oder 50%), der auf Dauer bestehen bleibt.
- Verkauf von Grundstücken und Immobilien durch Bund, Land und Kommunen darf nicht Spekulationsobjekt sein (z. B. altes Polizeipräsidium).
- In der Region muss die Solidarität für die gemeinsame Verantwortung für lebenswertes Wohnen gestärkt werden.
- Wohnen und Ökologie sind für lebenswertes Wohnen untrennbar verbunden (siehe „Bauhaus“).

Es ist zu überlegen, ob eine AG „Arbeit für Wohnen“ ins Leben gerufen werden sollte.

(Bericht Frau Reeh)

- **Aus der Arbeitsgruppe „Gemeinsames Handeln von Gemeinden und Caritasverband“**

Herr Griebel-Beutin vom Caritasverband Frankfurt führte in die Thematik ein: In Frankfurt besteht ein erheblicher Bedarf an Wohnungen, insbesondere an Sozialwohnungen. Die Nettomieten

sind seit 2010 um 20 % gestiegen. 60 % der Frankfurter Haushalte haben einen Anspruch auf gefördertes Wohnen. 7.800 Menschen sind Wohnungsnotfälle.

Aus der Diskussion:

- Es bestand Einvernehmen, dass die Kirchengemeinden helfen können: Die Kirchengemeinden haben Immobilien, die immer weniger genutzt werden. Wenn auf den Grundstücken Wohnungen gebaut werden könnten, ließe sich die Not ein wenig lindern. Vielleicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber besser als nichts.
- Gleichzeitig haben die Kirchengemeinden Finanzierungsbedarf für ihre Gemeinderäume. Mit Kirchensteuerrückgang ist in den nächsten zehn Jahren zu rechnen. Durch Mieteinnahmen müssen Gemeinderäume und Kirchen zumindest teilweise finanziert werden. Auf keinen Fall ist es finanziell zu rechtfertigen, jetzt Immobilien zu verkaufen, um kurzfristig einen Gewinn zu realisieren.
- Dem Bau von Wohnungen steht häufig das Baurecht für die Grundstücke entgegen. Hier sind politische Aktivitäten erforderlich. Bei der derzeitigen Wohnungsnot wären diese Aktivitäten sicherlich nicht völlig hoffnungslos, zumal den Kirchengemeinden der soziale Aspekt wichtig ist. Hier könnte der Caritasverband mit seiner Erfahrung helfen.
- Wohnungsbau in Verbindung mit der Renovierung bzw. Verkleinerung von Gemeinderäumen ist kein einfaches Projekt. Es lässt sich ausschließlich ehrenamtlich nicht bewältigen. Dieses Problem haben alle Kirchengemeinden. Eine Kooperation, und sei es nur als Erfahrungsaustausch, wäre sicherlich hilfreich.
- Um derartige Projekte zu realisieren und dabei finanzielle und soziale Aspekte angemessen zu berücksichtigen, müssen mehrere Beteiligte an einen Tisch: Die Kirchengemeinden als Eigentümer in absehbarer Finanznot. Architekten bzw. Wohnungsbau-gesellschaften als Fachleute mit neuen Ideen, die den Bedarf an Gemeinderäumen berücksichtigen. Das Bischöfliche Ordinariat und der Gesamtverband als Fachleute für Finanzierungsfragen und als Genehmigungsbehörde. Zur Berücksichtigung der sozialen Komponente der Caritasverband, der bereits Erfahrung mit der Ausschreibung und Vergabe solcher Projekte in Harheim hat. Herr Griebel-Beutin bot in diesem Zusammenhang eine Führung durch dieses Projekt an.

Empfehlung der Arbeitsgruppe:

Die Arbeitsgruppe empfiehlt, einen runden Tisch zu schaffen, an dem nachhaltige Lösungen gesucht werden. Herr Griebel-Beutin steht dafür namens des Caritasverbandes zur Verfügung. Die Federführung sollte der Vorstand der Stadtversammlung übernehmen. Zusätzlich zum Caritasverband sollten alle Kirchengemeinden, der Gesamtverband, eine Wohnungsbaugesellschaft, beispielsweise das Gemeinnützige Siedlungswerk und das Bischöfliche Ordinariat zu diesem runden Tisch eingeladen werden.

(Bericht Herr Vetter)

- **Aus der Arbeitsgruppe „Ideenpool neue Wohnformen“**

In der Arbeitsgruppe Ideenpool gab Frau Kasper interessante Impulse und Anregungen für eine Ideenentwicklung in den Kirchengemeinden. Sie stellte Wohnprojekte vom Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen vor, wie z. B. Konzeptwohnen in Harheim und im Bahnhofsviertel. Gerade für Kirchengemeinden ist eine solche Wohnform besonders interessant, weil derjenige, der ein Grundstück oder vorhandenen Wohnraum anbietet, Vorgaben für das zu erstellende Konzept machen kann. Das würde pastoral sehr gute Möglichkeiten eröffnen, die für eine Kirchengemeinde ebenso neue Optionen und Anregungen bieten wie für die neuen Nutzer.

<https://www.gemeinschaftliches-wohnen.de/wohnprojekte/projektuebersicht/>

Das Netzwerk bietet einen Austausch von Informationen und Erfahrungen an sowie gegenseitige Unterstützung. Außerdem wird eine strategische Weiterentwicklung des Themas in Verwaltung, Politik und Wohnungswirtschaft angestrebt. Nicht zuletzt hilft eine Sammlung von guten Beispielen und Fachliteratur.

(Bericht Frau Dr. Marschall-Kehrel)

Die Informationen und Beratungen in den Arbeitsgruppen haben gezeigt, wie vielschichtig das Thema Wohnen ist und wie es grundsätzliche Bereiche des Lebens betrifft. Kirche ist herausgefordert, sich des Themas anzunehmen. Aus der Versammlung gibt es den Wunsch, das Thema Wohnen weiterzuführen, z. B. in einer AG „Arbeit für Wohnen“ oder in einem Stadtkirchenforum.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand, zu überlegen, welche weiteren Schritte in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband, dem Gesamtverband der Katholischen Kirchengemeinden, dem Gemeinnützigen Siedlungswerk und anderen in Frankfurt zu gehen sind und darüber die Mitglieder der Stadtversammlung zu informieren und sie weiter einzubeziehen.

TOP 4 Weitere Informationen, Berichte, Anfragen

- Dekan Glaser macht aufmerksam auf eine Veranstaltung in St. Hedwig. Pfarrer Schmidt wird am 28. November, 19:30 Uhr, das Vorbereitungsdokument zur im Oktober 2019 geplanten Amazonas-Synode vorstellen: „Amazonien. Neue Wege für die Kirche und für eine ganzheitliche Ökologie“. Außerdem werden vom 18.-22. September 2019 wieder die Internationalen Tage der Begegnung in St. Hedwig stattfinden mit jungen Menschen aus 10 Ländern.
- Herr Adam berichtet von der Veranstaltung „Rock gegen Rechts“ am 01. September, zu der die Stadtversammlung mit aufgerufen und sich auch an der Organisation beteiligt hat. Es war eine eindrucksvolle, sehr gut besuchte, friedliche Veranstaltung. Die Rede der Vorsitzenden der Stadtversammlung wurde gut aufgenommen. Darüber hinaus weist er auf den Abschluss der Visitation mit der Nachklausur Ende Januar 2019 hin und lädt die für die PGR-Wahlen 2019 Beauftragten zu einem Einführungsabend (Wahlablauf, Fristen, Materialien) am 27. Februar 2019, 19:30 Uhr, im Haus am Dom ein.
- Frau Dr. Wieland informiert, dass der Diözesansynodalrat am vergangenen Samstag sich mit dem Thema Missbrauch und der MHG-Studie befasst hat. Eine Pressemitteilung hierzu liegt heute aus. Die Diözesanversammlung wird am kommenden Samstag das Thema Europa aufgreifen. Zu Gast werden sein: Frau Schavan, ehemalige Bundesministerin und Botschafterin am Heiligen Stuhl in Rom, und Herr Röder, Gründer der Initiative „Pulse of Europe“.
- Frau Dr. Marschall-Kehrel regt einen „Herdenbrief“ an, der über die Diözesanebene, über die Diözesen hinaus auch international mitgetragen wird. Diese Initiative bedarf einer medialen Unterstützung. Außerdem macht sie aufmerksam auf das Jubiläum 50 Jahre Synodalordnung am 23. November 2019 und die Fair-Finance-Week vom 05.-09. November 2018.

TOP 5 Verschiedenes

Termine 2019 der Stadtversammlung: Donnerstag, 14. März und Montag 28. Oktober jeweils 18:30 Uhr.

Frau Dr. Marschall-Kehrel dankt allen Anwesenden für die Informationen und den regen Austausch, der Gemeinde Sta. Familia für die Gastfreundschaft und schließt die Sitzung um 21:45 Uhr.

Die nächste Sitzung der Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken findet am Donnerstag, 14. März 2019, 18:30 Uhr, statt.

Gemeinden, die die Stadtversammlung einladen möchten, melden sich bitte bei Herrn Adam, dem Geschäftsführer der Stadtversammlung.

Anwesenheitsliste der 7. Sitzung der 13. Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken am 25. Oktober 2018

Vorstand

Vorsitzende	Dr. Daniela	Marschall-Kehrel
Stellv. Vorsitzende	Christiane	Reeh
Vorstand	Florence	Kovarbasic entsch.
Vorstand	Dr. Dr. Laura	Sormani-Bastian entsch.
Vorstand	Michael	Vetter

Vorstandsmitglieder ohne Stimmrecht

Stadtdekan	Johannes	zu Eltz entsch.
Ständiger Vertreter des Stadtdekans	Rolf	Glaser
Geschäftsführer	Hans-Dieter	Adam

Vertretene Kirchorte durch Mitglieder oder deren Stellvertreter/innen

Allerheiligste Dreifaltigkeit	Karin	Lembke
Christ-König	Hans	Lortz
Frauenfrieden	Ernst	Kleinwächter
Herz Jesu/Eckenheim	Bernhard	Frankenberger
Herz Jesu/Fechenheim	Christian	Goihl
Herz Jesu/Oberrad	Gabriele	Huckelmann
Kath. Pfarrgemeinde Frankfurt-Nied	Karl-Heinz	Burschyk
Maria Hilf	Ulrich	Lehmann
Mariä Himmelfahrt	Anna-Monika	Schmidt
Maria Rosenkranz	Günter	Broschart
Mutter v. Guten Rat	Ingrid	Iwanowsky
St. Albert	Johannes	Bergmann
St. Antonius	Waltraud	Klopsch
St. Antonius/Westend	Wolfgang	Simon
St. Aposteln	Roland	Hassel
St. Bartholomäus-Dom	Beate	Dargel
St. Bartholomäus/Zeilsheim	Monika	Kärcher
St. Bernhard	Rainer	Dinkhauser
St. Bonifatius/Sachsenhausen	Peter	Deutsch
St. Christophorus	Hanno	Zepf
St. Dionysius - St. Kilian	Harald	Fischer
St. Edith Stein	Ludwig	Beetz
St. Elisabeth	Dorothea	Knödler-Bunte
Sta. Familia	Michael	Vetter
St. Ignatius	Dr. Kirsten	Bremke
St. Johannes/Goldstein	Lothar	Höhn
St. Josef/Eschersheim	Horst	Dallwitz
St. Leonhard	Karin	Kiewitz
St. Lioba	Eva	Rabeck
St. Matthias	Pia	Bleck
St. Michael	Gerti	Eifler
St. Peter und Paul	Ines	Bergner
St. Sebastian	Rita	Baier
St. Wendel	Danielle	Wendel-Baumert

Intern. Kath. Gem. Engl. Sprache	Niall	Lenihan
Ungarische Kath. Gemeinde	Otto	Horvath
Haus der Volksarbeit	Julia	Wilke-Henrich

Zusätzlich anwesende Stellvertreter/innen ohne Stimmrecht

Allerheiligste Dreifaltigkeit	Karin	Rietmüller-Artz
Christ-König	Ursula	Röttger
Mariä Himmelfahrt	Torsten	Rothacker
St. Albert	Charlotte	Schmidt
St. Bonifatius/Bonames	Doris	Annau
St. Christophorus	Giesela	Wiesner
St. Leonhard	Stefan	Kiewitz
St. Lioba	Gabriele	Musiol
Sta. Familia	Margret	Zeus

Gäste

Bischof Dr. Georg Bätzing

Pfr. A. Batinić, Prof. Dr. W. Beck, R. Bentzin, A. Feldmar, S. Griebel-Beutin, O. Karkosch, B. Kasper, M. Lehner, G. Lühn, H. Matena, I. Noll, S. Pawlik, V. Schäfer, G. Schell, Dr. I. von Schenck, M. Thurn, D. Wiese-Gutheil, Dr. B. Wieland

Nicht vertretene Kirchorte

Allerheiligen	Bernhard Völker	Julian Lorenzen
Heilig Geist	Georg Weißler	Stefan Berger
St. Anna -St. Raphael	Karsten Kutzer	
St. Gallus	Elida Raschke	Vanessa Riemer
St. Johannes Ap.	Simone Hacker entsch.	Constantin Ickstadt entsch.
St. Josef/Bornheim	Martin Hütter	Lothar Steinbach
St. Laurentius	Eva Stahl	Daniel Matejka
St. Mauritius	Ute Schönekas	Rebecca Wachendörfer
St. Pius	Peter Horst	Martina Movia entsch.
Französischspr. Kath. Gemeinde	Florence Kovarbasic entsch.	
Ital. Kath. Gem. Nied	Rosalia Domina	Rosa Filippelli
Italienische Kath. Gemeinde	Chiara Lohr	Leonora Della Rocca
Kroatische Kath. Gemeinde	Silvia Balić Sapčrić	Dr. Betina Manié-Salvia
Polnische Kath. Gemeinde	Robert Korneluk	Piotr Kutz
Slowenische Kath. Gemeinde	Nina Veršnik Čemas	Helena Žmavc

Keine Delegierten

St. Josef/H.; Liebfrauen

Hans-Dieter Adam

F.d.P. Hans-Dieter Adam

Anlagen